



Bermatingen kommunal

Mitteilungen des Ortsvereins der SPD
für die Ortsteile Bermatingen und Ahausen

Nr. 51

März 2006

Die Landtagswahl steht vor der Tür

Ja, schon wieder eine Wahl. Landtagswahl ! Es geht um Oettinger und seine Mannschaft, falls bis zur Wahl am 26. März noch was davon übrig ist. Ministerschwund ist eins der Markenzeichen der CDU/FDP Regierung in Baden-Württemberg. Aber das ist etwas, das auch Ihnen bekannt ist. Es wird zumindest in den Medien kund getan. Aber wissen Sie auch, das sich z.B. die Verschuldung des Landes seit 1996 auf 44 Mrd. Euro verdoppelt hat! Oder das sture Festhalten am Atomstrom. Wir haben den höchsten Atomstromanteil mit den höchsten Strompreisen und die niedrigste Förderung der erneuerbaren Energien. Desweiteren gibt es keine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik. Obwohl in Baden-Württemberg ungelernete, angelehrte und ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden, bleibt die Regierung untätig. Hervorragende Forschungsergebnisse bleiben in der Schublade weil das Land ihre Umsetzung in neue Produkte immer weniger unterstützt. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wird sträflich vernachlässigt. Wussten Sie auch, daß Baden-Württemberg seit Jahren bei der Kinderbetreuung im Ländervergleich auf einem der hinteren Plätze liegt. Bildungschancen in Baden-Württemberg hängen von der sozialen Herkunft ab. Jeder vierte Schüler hat eine unzureichende Sprachkompetenz. Tausende Schüler bleiben Jahr für Jahr ohne Abschluss, und das alles nach 50 Jahre CDU Schulverantwortung. Die Ausbildungsplätze reichen nicht aus. Ganztagsangebote in Schulen wurden vom Land nur in sozialen Brennpunkten bei fehlendem Personal eingerichtet. Und als Krönung hat jetzt die Landesregierung Studiengebühren beschlossen. Lebensperspektiven junger Menschen hängen damit noch viel mehr vom Einkommen der Eltern ab. Die CDU in Baden-Württemberg vertritt eine Politik zu Lasten der breiten Bevölkerung. Sie will die volle Besteuerung der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge sowie die völlige Streichung der Pendlerpauschale. Damit soll dann die Absenkung des Spitzensteuersatzes finanziert werden. Oettinger selbst hat zudem die Abschaffung des Generationenvertrages gefordert. In Zukunft soll die Rente nicht mehr solidarisch finanziert werden, sondern über den Kapitalmarkt. Den Kündigungsschutz und die Mitbestimmung hat er zum Abschuss freigegeben. Herr Oettinger hält auch ältere Arbeitnehmer (ab 40 Jahren!) für weniger leistungsfähig und will ihnen deshalb das Gehalt kürzen. Ob das Herr Teufel ahnte?

Als Nachfolger war Oettinger sicher nicht Teufels Wunschkandidat. Teufel hatte wohl schon damals nichts von Oettinger gehalten.

Beim Gesinnungstest für Einbürgerungswillige soll mit diskriminierenden Suggestivfragen die Wertschätzung des Grundgesetzes geprüft werden. So mancher CDU-Funktionär würde bei diesem Test durchfallen. Die CDU hat in Baden-Württemberg eine „Verwaltungsreform“ durchgepeitscht, die überholte Strukturen zementiert. Anstatt durch mehr Bürgernähe zu modernisieren, wurden 500 Mio. Euro in Neue Steuerungsinstrumente (NSI) investiert, deren Nutzen bis heute nicht erkennbar sind. Über die Unfähigkeit der Landesregierung beschäftigen sich zur Zeit drei Untersuchungsausschüsse. Namen wie „Flowtex“, „AKW Philippsburg“ und „Sinsheimer Messeraub“ sind nur einige Stolpersteine dieser Regierung. Kein Wunder daß aus der Regierungsmannschaft, die 2001 angetreten war, kaum noch ein Minister im Amt ist. Ein aktiver und ein ehemaliger Minister sind vorbestraft, gegen eine ehemalige Ministerin läuft ein Strafverfahren und zwei andere sind weich im Chfessel von Landesunternehmen gelandet.

Beim Gedanken an die anstehende Landtagswahl und an ihrem Spitzenkandidaten, bekommen sicher auch einige CDU-Sympathisanten ein Zitronengesicht.



Das Mass ist voll! Es ist Zeit für den Wechsel, denn die große Koalition im Bund ist nach Vogts Worten kein Modell fürs Land: Wir wollen bei der Landtagswahl stärker werden und dafür sorgen, dass von 2006 an eine Ministerpräsidentin regiert. Mehr

Informationen über Ute Vogt und Norbert Zeller erfahren sie auch im beiliegenden Prospekt.

Andreas Kemmer

Mesnerhaus und die Bundesfamilienministerin

Die Idee, die beim Projekt „Miteinander im Mesnerhaus“ im Vordergrund steht, ist nicht neu. Schon vor zwei Jahren hat die jetzige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen CDU in ihrer Zeit als Sozialministerin in Niedersachsen 20 solcher Häuser entstehen lassen.

Wie in einer großen Familie bringt jeder seine Zeit, seine Kraft und seine Fähigkeiten ein - und erhält etwas dafür.

In Pattensen, einer ländlich geprägten 15 000 – Einwohner – Stadt, gut 20 Kilometer südlich von Hannover, wurde vor ca. 2 Jahren das erste „Mehrgenerationenhaus“ eröffnet. In einer 500 Quadratmeter großen umgebauten Tischlerei gibt es nun im Untergeschoss einen offenen Treff, jeden Vormittag kann dort gemeinsam gefrühstückt werden. Alleinerziehende nutzen genauso das Angebot wie Großeltern mit ihren Enkeln. Stark nachgefragt wird auch der Wunsch-Großelternservice: Derzeit gibt es zehn Leihomas und Leihopas, die durch Vermittlung des Mehrgenerationenhauses zu neuen „Wahl“ - Enkelkindern kamen. Der Koalitionsvertrag sieht in Kapitel VI. 1 die Förderung von so genannten Mehrgenerationenhäusern in dieser Legislaturperiode vor. Quelle: Informationsservice der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes.

Ganztageschule in Bermatingen Der Anfang ist gemacht

Den Anstoß gab Norbert Zeller bei der Einweihung des neuen und renovierten Schulhauses. Er informierte Bürgermeister und Schulleiter über die Möglichkeit, Geld zu beantragen. Die rot-grüne Bundesregierung hatte 4 Milliarden Euro für die Entwicklung von Ganztageschulen bereitgestellt. Legten Schulleitung und Schulträger ein pädagogisches Konzept vor, konnte ein Antrag mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden. Dies taten Bürgermeister und Schulleiter anlässlich eines Termins beim Oberschulamt Tübingen.

Aus dem Topf erhielt die Gemeinde 250 000 Euro. Damit war es möglich, an der Schule 2 Einrichtungen zu schaffen: Eine Betreuung im Rahmen der „Verlässlichen Grundschule“ und ein „Erweitertes Betreuungsangebot“ für 3 Nachmittage. Die Verlässlichen Grundschule wird gewährleistet durch eine sog. „Kernzeitenbetreuung“ während der Schulzeit von Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis Unterrichtsbeginn und vom Unterrichtsende an bis 13.00 Uhr. Den Kindern werden sinnvolle und freizeitbezogene Aktivitäten angeboten. Sie können dort auch ihre Hausaufgaben erledigen. Bei regelmäßigem Besuch an 4 oder 5 Tagen ist der monatliche Beitrag 40 Euro für das erste Kind und 20 Euro für Geschwisterkinder. Beim Besuch von weniger als 4 Tagen gelten entsprechend geringere Beiträge, z. B. bei 1 Tag pro Woche 10 Euro im Monat. Ein Kind kann auch ohne feste Anmeldung

jederzeit in die Betreuung gebracht werden. Dann wird ein Tagessatz von 2,50 Euro erhoben. Zusätzlich gibt es das „Erweiterte Betreuungsangebot“ am Montag, Dienstag und Donnerstag. Es dauert von 13.00 Uhr bis 16.15 Uhr. An diesen Tagen gibt es ein Mittagessen, eine Hausaufgabenbetreuung (45 Minuten), am Montag Sport, Spiel und Spaß in der Sporthalle, am Dienstag Basteln und Lesen im Kernzeitenbereich und am Donnerstag einen Spielesachmittag im Hallenbad. In allen Angeboten arbeiten in der Kinderbetreuung erfahrene Mitarbeiter.

Das Betreuungsangebot kostet inklusive Mittagessen bei einer Nutzung von einem Tag pro Woche 25 Euro pro Monat. Seit der Veröffentlichung der PISA-Untersuchung vor einigen Jahren wurde verstärkt über Schule und Bildung diskutiert. Wir wissen inzwischen auch mehr über die Verhältnisse in den anderen (teils erfolgreicheren) europäischen Ländern und Nordamerika. Mit Halbtagsschule und dreigliedrigem Schulsystem bildet Deutschland eher die Ausnahme. Ganztageschule und Gesamtschule sind dort meist seit Jahrzehnten voll entwickelt. Zu diesen Themen hat die CDU eine seltsam gespaltene Position. Die Initiative der letzten Bundesregierung war der Landesregierung eher unangenehm. Sie geriet unter Druck. So kam es auch, dass man die ehemalige Kultusministerin Schavan fast „zum Jagen tragen“ musste.



„ ... mehr Demokratie wagen ... „

Die Wochenzeitung 'DIE ZEIT' stellte kürzlich die Frage, „werden in B-W. systematisch Wahlergebnisse gefälscht?“ (Nr. 7/ 06). Es ging um Ergebnisse bei Kommunalwahlen, die gelegentlich die Normen demokratischer Gleichbehandlung von Kandidaten derart verbiegen, daß betroffene Bürger sich genötigt sahen, den Staatsanwalt zu bemühen. Es stellte sich heraus, daß Auszählungsergebnisse wegen der hier geltenden 'Unechten Teilortswahl' und der Zählweise nach D'Hondt durchaus den einen oder anderen Gemeinderatskandidaten um die Früchte seines Wahlerfolges bringen können.

Wir haben darauf hin die Ergebnislisten der Gemeinderatswahlen von Bermatingen seit 1975 gesichtet und festgestellt, daß es bei sieben Kommunalwahlen nur in zwei Fällen eine

Begünstigung für und ebenso in zwei Fällen eine Benachteiligung gegen einen Ahauser Kandidaten gab. Das heißt, bei 'normalen Spielregeln' wie sie für alle anderen Wahlen gelten, hätten die Ahauser Bürger zweimal über einen Ratssitz weniger und zweimal über einen Ratssitz mehr als üblich verfügt. Bei dieser Sichtung ist aber besonders aufgefallen, daß dieses Wahlsystem die beiden großen Blöcke CDU und FWV in Ahausen eindeutig bevorzugt ! **1984 und 1989 wurde dem SPD-Kandidaten in Ahausen vom System der ihm nach Stimmzahl erreichte Ratssitz verwehrt**, nur 1994 schaffte es dann die SPD-Kandidatin. Die LBU hat in allen Wahlen keinen Erfolg gehabt. Insgesamt ist aber festzustellen, daß sich die Stimmzahlen, die die Kandidaten beider Teillorte erringen konnten, - bis auf die oben erwähnten Ausnahmen - harmonisch in die jeweiligen Ergebnislisten einsortierten. Das heißt aber doch nichts anderes, als daß die nicht wirklich demokratische 'Unechte Teilortswahl' überflüssig ist. Die Bürger in der Gesamtgemeinde Bermatingen können mit einem vereinfachten, 'normalen' Wahlrecht ihren Gemeinderat durchaus gerecht und demokratisch installieren. Das ganze sicher auch mit geringeren Quoten an ungültigen Stimmen.

SPD zu Besuch im Alten-und Pflegeheim Wespach

Die Bermatinger SPD hatte sich in der letzten Zeit u.a. mit den Themen Altenbetreuung und Altenpflege beschäftigt. Daraus entwickelte sich der allgemeine Wunsch in der Mitgliedschaft auch die Praxis kennen lernen zu wollen. Es wurde also mit dem Alten- und Pflegeheim Wespach in der Nachbarschaft Kontakt aufgenommen und ein Treffen vereinbart.

Kürzlich trafen sich Mitglieder des SPD Ortsverein Bermatingen zur Besichtigung. Begrüßt wurden sie vom Heimleiter Klaus Obser, der seine Führung mit einer Information rund ums Pflegeheim begann. Als er 1992 die Heimleitung übernahm, seien 60 Pflegeplätze vorhanden gewesen. Diese Anzahl sei zwischenzeitlich auf 135 erhöht gewesen und soll demnächst, nach einem geplanten Umbau, wieder auf 100 Plätze gesenkt werden. Das diene u.a. der Qualitätssteigerung und auch der Bedarfsanpassung. Der Umbau, der voraussichtlich ca. 8 Millionen Euro kosten wird, war notwendig geworden, um heutigen Sicherheitsstandards und auch dem Trend zu Einzelzimmern gerecht zu werden.

Das Alten- und Pflegeheim Wespach ist eine Stiftung, gegründet von den „Unterbergischen Gemeinden“. Derzeit gehören u.a. Überlingen/Nussdorf, Uhdlingen-Mühlhofen, Salem, Owingen, Deggenhausertal und Bermatingen dazu. Das Haushaltsvolumen beläuft sich auf 4 Mio. Euro. Es sind derzeit rund 80 Mitarbeiter beschäftigt. Aufgrund des Kostendrucks müssen in absehbarer Zeit die seit 2002 konstant gebliebenen Pflegesätze erhöht werden.

Das Pflegeheim ist z.Zt. zu 97 % belegt, es gibt dem entsprechend also keine Wartelisten.

Vielfach wird über die Grundpflege hinaus auch eine Behandlungspflege bei den Bewohnern notwendig. Deswegen sind 50% des Personals Fachkräfte. Aber es gibt im Pflegeheim durchaus noch „rüstige“ Mitbewohner, die kleinere Arbeiten verrichten wollen und auch dürfen.

Die korrekte und vorschriftsmäßige Leitung des Heimes wird durch eine jährliche Kontrolle durch die Heimaufsicht sichergestellt. Außerdem gibt es einen Heimbeirat und einen Kummerkasten.

Bei der anschließenden Führung durch das Heim konnten sich die SPD'ler von der guten Atmosphäre im Heim überzeugen. Die Bewohner machten einen zufriedenen und fröhlichen Eindruck und auch das Personal war sehr freundlich. Abschließend bedankte sich OV Vorsitzender Andreas Kemmer bei Heimleiter Klaus Obser für die ausführliche Information und Führung.

Wahlkampfzeit, auch für die Jusos

Nachdem die Jusos schon im Bundestagswahlkampf eine tragende Säule darstellten und fast jeden Tag auf der Straße waren, wollen sie auch im Landtagswahlkampf nicht zurückstecken. Neben dem Straßenwahlkampf, der die Menschen direkt ansprechen soll, planen die Jusos auch wieder eine Podiumsdiskussion mit allen Landtagswahlkandidaten des Wahlkreises. Hoffentlich kneift MdL Müller CDU nicht wie üblich. Inhaltlich geht es den Jusos vor allem darum, daß die Schulbildung verbessert wird und jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen soll. Längere gemeinsame Lernzeiten und die Ganztageschule sind hier die Themen der Jusos. Desweiteren die Ablehnung von Studiengebühren aus politischen Gründen und daß Bildung nicht zur Ware verkommen darf. Fakt in Baden-Württemberg ist, daß der Hochschulzugang heute schon sehr stark selektiv nach sozialer Herkunft beeinflusst wird.

Natürlich verlieren die Jusos auch die anderen Themen des Wahlkampfes nicht aus den Augen. Denn reine Klientelpolitik ist ihnen fremd.

Aktuelle Infos unter <http://www.jusos-bodensee.de>

Bürgersaal in Ahausen

In der Gemeinderatssitzung vom November 2005 wurden dem Gemeinderat von der Verwaltung durch Architekt Dilpert zwei Planungsvarianten für einen Bürgersaal in der ehemaligen Schule in Ahausen vorgestellt.

Variante 1 sieht vor das ganze bisherige Dach abzunehmen und die nichttragenden Zwischenwände der alten Schulräume zu entfernen. Damit würde im Obergeschoß ein großer Saal entstehen, der mit Tischen 168 oder nur mit Stühlen 260 Personen Platz böte. Das neue Dach wäre ein Satteldach mit einer vom Saal aus offenen Tragkonstruktion. Die Kosten für diese Variante beliefen sich auf etwa 980.000.- Euro.

Variante 2 sieht einen gleich großen Anbau im Erdgeschoss vor, in Kombination mit der Sporthalle, Kosten etwa 630.000.- Euro. Hinzu käme die Sanierung des jetzigen Daches. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile bevorzugt der Gemeinderat die Version 1. So weit so gut.

In jedem Fall würde der Finanzbedarf für den Gemeindehaushalt der nächsten Jahre eine erhebliche Belastung darstellen. Andererseits besteht der Wunsch in der Ahauser Bevölkerung für einen solchen Saal schon seit langer Zeit und man sollte das Vorhaben jetzt auch in Angriff nehmen.

Was könnte man also tun, um die Finanzen nicht zu sehr zu strapazieren?

Als erstes fällt uns dazu der Komplex der Eigenleistung ein. Eine aktive und ehrenamtliche Beteiligung der Ahauser Bürgerschaft scheint uns da unerlässlich. Das bekannt ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl der Ahauser scheint uns dafür auch eine gute Voraussetzung zu sein. Wir würden es begrüßen, wenn ein Verein gegründet würde, ähnlich dem Mesnerhaus Verein in Bermatingen („Aktion Bürgersaal e.V.“). Damit könnte man ein verlässliches Forum schaffen um die Eigenleistungen, und ohne die wird's nicht funktionieren, zu bündeln. Und noch etwas geht uns durch den Kopf, und wir sind uns im Klaren, dass wir damit ein evtl. höchst strittiges Thema lostreten. Es geht um folgendes: In einigen Jahren sind wieder Kommunalwahlen. Und danach will unser jetziger Ortsvorsteher ja bekanntermaßen nicht wieder antreten. Sollte man sich da nicht jetzt schon Gedanken machen, ob man bei der Gelegenheit nicht auch gleich den Ortschaftsrat abschaffen würde? Wie man hört, betragen die jährlichen Kosten für Ortschaftsrat und Ortsvorsteher einen „hohen fünfstelligen Betrag“. Allein damit wäre also der Bürgersaal in 12 bis 15 Jahren bezahlt! Wie gesagt, uns ist bewusst, daß wir damit in der Gemeinde ein höchst emotionales Thema eröffnen und wir wären froh wenn wir in der nächsten Zeit dazu eine faire Diskussion eröffnen könnten.

Streifzüge durch die Gemeinde

Das Bahn „Geschenk“

Da steht sie nun, unsere Brücke im Sonnenschein. Ein hübsches Baudenkmal, aber ungewollt im Gemeindebesitz.

In Zeiten von einstürzenden Hallendächern und maroden Autobahnbrücken beschleicht den Beobachter jedoch ein etwas flaes Gefühl.

Was, wenn jetzt ein Stein aus der Brücke auf unsern Linzgauexpress fällt? Ist eigentlich alles unter Kontrolle bei den Brücken und Hallen in der Gemeinde?



Lob

Da ist zunächst zu loben, daß die 2. Fußgängerampel nun endlich fest installiert wurde. Des weiteren ein Lob für die neue rote Farbe auf den Fahrradwegen in den Strassen Einmündungsbereichen.

Auch der sichtbare Fortschritt beim Mesnerhaus ist zu loben. Kürzlich wurden im Gemeinderat die Tischlerarbeiten sogar einstimmig (hört hört!) durchgewunken. Sollte sich da ein Stimmungswandel manifestiert haben? Schön wär's.

Eingeschränktes Lob

Schön, daß nun neue Bäume entlang der Ahauser Strasse gepflanzt wurden. Warum wurden aber nicht alle ersetzt? Die übrig gebliebenen sehen nämlich auch nicht mehr sehr frisch aus, zumindest aber jene, auf denen schon die Mistel wuchert.

Kein Funken dieses Jahr?

Auf dem alten Funkenplatz in Bermatingen wurden 20 Bäume gepflanzt. Schön im Halbkreis und mit einem Baum im Kreismittelpunkt und genau an der Stelle wo bisher der Funken brannte. Wie man hört, soll es aber trotzdem auch dieses Jahr wieder einen Funken geben. Stellt sich die Frage, wer hat die Bäume eigentlich gepflanzt und vor allem: Wer hat die Baumspitzen bei mehr als der Hälfte der Bäume schon wieder abgebrochen?

Prallen da etwa Interessenkonflikte von Funkenkritikern und Bergsichtfans aufeinander? Ein Schelm der Böses dabei denkt.

WIR-FUER-NORBERT-ZELLER



Termine des Ortsvereines:

- 17.03. Jahreshauptversammlung
- 18.03. Infostand vorm Rathaus
- 26.03. Landtagswahl 2006
- 12.04. Versammlung des Ortsvereines

Impressum:

Beiträge lieferten: P.Dick, A.Fonferek, H.Grau, B.Grau
A.Kemmer, J.Pagel, G.Schellhammer, E.Waffenschmidt

Für den Inhalt verantwortlich:

SPD Ortsverein Bermatingen
Oberer Höhenweg 10
88697 Bermatingen

Telefon: 07544/71573
Telefax: 07544/71573
Email: webmaster@spd-bermatingen.de
www.spd-bermatingen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Salem
BLZ: 69051725
Konto: 2006625

